

Krieg für Uran? Oder Krieg für die Aufrechterhaltung der *Françafrique*? – Zu den Vorgängen in Niger

Heute, am Sonntag, den 06. August 23, läuft das Ultimatum der Regionalorganisation CEDEAO bzw. ECOWAS an die neuen, aus einem Putsch hervorgegangenen Regierenden ab. Möglicherweise steht Westafrika ein regionaler Krieg... mit internationaler Beteiligung bevor

Prominent präsent war der mittelafrikanische Staat Niger am vergangenen Wochenende und im Laufe dieser zu Ende gehenden Woche in zahlreichen europäischen Medien. Von öffentlich-rechtlichen Medien in Frankreich über diverse Zeitungen bis hin zu obskuren Telegramkanälen in Deutschland, die von Verschwörungsgläubigen goutiert werden – überall waren die Vorgänge in Niger ein Debattenthema. Das ist selten genug. Denn der Niger, eines der zehn ärmsten Staaten des Planeten, kommt dort sonst eher selten vor. Zu Unrecht.

Treffend zusammengefasst wurden die Dinge diesbezüglich soeben durch den, von geschätzten früheren Jungdemokraten und Grünen (in Zeiten, in denen beide Vereine noch z.T. links waren, also in den 1970er und 1980er) aufgebauten Beueler Extradienst: **„Zur Krisenentwicklung in Niger gibt es weitere Texte. Dabei ist bemerkenswert, dass sie jetzt erscheinen, während das Land und seine Region jahrzehntelang den meisten Medien überhaupt keine Erwähnung wert war. Auch jetzt ist es noch so, dass den „Leitmedien“ fast jede Kompetenz fehlt, weil sie niemals auf die Idee gekommen wären, dort „kostspielige“ Korrespondent*inn*enplätze zu platzieren. Landesbesuche beschränkten sich darauf, sich in den Flugzeugen von Bundesminister*inne*n oder EU-Kommissionspräsidentinnen mitnehmen zu lassen und eingebettet zu berichten. So ist dann auch die Politik der EU und der Bundesregierung geworden: ahnungslos.“** (Vgl. <https://extradienst.net/2023/08/06/usa-is-out/>)

Nun ist die neu erworbene Aufmerksamkeit kurzfristig da. Auslöser dafür war der Militärputsch, welcher am vorigen Mittwoch, den 26. Juli 23 in der Hauptstadt Niamey seinen Ausgang nahm. Tagelang war die Situation verworren und unklar: Denn der im Februar 2021 ins Amt gewählte (<https://jungle.world/artikel/2021/14/artilleriefuevor-der-premiere>) Staatspräsident Mohamed Bazoum residierte auch diese Woche noch nach wie vor im Präsidentenpalast, er trat und tritt formal nicht zurück. Inzwischen meldet er sich laut eigenen Verlautbarungen als „**Geisel**“ zu Wort und ruft die „**internationale Staatengemeinschaft**“ an. (Vgl. bspw. vom Freitag der abgelaufenen Woche, den 04. August 23: https://www.liberation.fr/international/afrique/jecris-ceci-a-titre-dotage-apres-le-putsch-au-niger-le-president-bazoum-appelle-la-communaute-internationale-a-laide-20230804_3IYBVSDMKRBUZBZ5B5ZS7UM2KE/)

Die Residenz des Staatsoberhauptes wird durch die **Garde présidentielle**, eine Elite-truppe, bewacht und liegt inmitten von deren Kasernen. Ihr Chef wiederum, der General Abdourahamane Tchiani, wurde am vorigen Freitag seinerseits an der Spitze eines von Militärs gebildeten „Nationalen Rats für die Rettung (/Bewahrung) des Vaterlands“, CNSP, zum Staatschef proklamiert.

Bazoum war dabei körperlich wohltauglich und schien sich zugleich im faktischen Gewahrsam der Garde zu befinden. Am Montag dieser Woche (den 31. Juli 23) wurde bekannt, er selbst wie auch sein Amtsvorgänger Mahamadou Issoufou hätten sich in den letzten Tagen mehrfach mit dem Chef der in Niger politisch und ökonomisch einflussreichen früheren Kolonialmacht Frankreich, Staatspräsident Emmanuel Macron, unterhalten. (https://www.pressafrik.com/Situation-tendue-au-Niger-Macron-s-est-entrete-nu-avec-Bazoum-qui-dit-etre-en-bonne-sante_a260268.html und https://www.bfmtv.com/international/afrique/crise-au-niger-emmanuel-macron-a-echange-a-plusieurs-reprises-avec-le-president-mohamed-bazoum_AD-202307310573.html) Die Regierenden in Paris ebenso wie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft – französisch abgekürzt CEDEAO, englisch ECOWAS -, mittlerweile auch die zunächst zögerliche US-Administration, fordern die volle Wiedereinsetzung von Staatspräsident (oder Ex-) Bazoum in seine Ämter, Funktionen und Vollmachten.

Dabei berufen sich diese, regionalen wie internationalen Großmächte auf die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der (elektiven) Demokratie. Doch – nein, wer hätte das aber auch vermutet – dabei handelt es sich um eine ziemlich kapitale Heuchelei. Denn einerseits war die zuvor vorhandene, da 2021 in Wahlen manifestierte Demokratie in Niger allenfalls eine gelenkte: Der damals gewählte Staatspräsident Bazoum ging aus der seit dreißig Jahren regierenden Quasi-Partei seines bereits oben erwähnten Amtsvorgängers Issoufou (PNDS-Tarraya) hervor, und es sieht ziemlich danach aus, als sei Bazoum in Wirklichkeit vor allem als Strohmännchen des soeben zitierten Issoufou aufgestellt worden, weil jener gemäß Verfassungsregeln nicht erneut kandidieren durfte – während jedoch weiterhin die allermeisten Fäden in seinen Händen zusammenliefen. Eine auf die Region spezialisierte französische Journalistin berichtet dazu, ausländische Staatsoberhäupter hätten grundsätzlich bei der Residenz Issoufous Halt gemacht, bevor sie dem offiziellen Präsidentenpalast einen Besuch abstatteten. (https://www.iveris.eu/list/notes/570-niger_de_la_revolution_de_palais_a_lechiquier_mondial) Zum Zweiten fielen, na, wer hätte wiederum dies erwartet?, viele das Land betreffende Entscheidungen in Wirklichkeit nicht in Niamey, sondern unter anderem in Paris, Washington und anderswo. (...und nun vielleicht in näherer Zukunft etwas mehr auch in Moskau?)

Und zum Dritten beruft sich das offizielle Frankreich nun wiederum auf den „**illegitimen**“ Charakter der seit nunmehr einer guten Woche amtierenden neuen (faktischen) Machthaber, um grundsätzlich zu verweigern, was diese jetzt einfordern: die Aufkündigung der seit 1961 sowie 1977 sukzessive abgeschlossenen Militärabkommen des Staates Niger mit Frankreich, von denen zumindest einige Klauseln der Ge-

heimhaltung unterlagen. (<https://www.europe1.fr/international/niger-bazoum-appelle-a-laide-les-putschistes-menacent-de-riposter-et-limogent-quatre-ambassadeurs-4197161> und <https://www.ouest-france.fr/monde/niger/video-niger-la-junte-militaire-rompt-les-accords-de-cooperation-avec-la-france-e7b7ee41-1062-44ae-b185-d3bb6d0ece9a>) Nur mit demokratisch legitimierten Regierenden, verlautet dazu nun aus Paris, könne man darüber diskutieren. Doch dies ist natürlich ein ziemlich schlechter Witz: Im Laufe der jüngeren Geschichte des 1960 formal unabhängig gewordenen Landes fanden vier erfolgreiche Militärputsche und mindestens sieben Putschversuche statt, die klare Mehrzahl der regierenden Staatspräsidenten gingen selbst aus Putschen hervor. Das älteste derzeit gültige militärische „Kooperationsabkommen“ zwischen Paris und Niamey, dasjenige vom 19. Februar 1977, das zu den sieben von nigrischer Seite aufgekündigten vier Abkommen zählt, wurde unter dem 1974 aus einem Armeeputsch (zunächst gegen den Willen der Entscheidungsträger in Frankreich, vgl.: <https://www.cairn.info/revue-politique-africaine-2014-2-page-133.htm>) siegreich hervorgegangenen Staatspräsidenten Seyni Kountché abgeschlossen. Also mit einer Putschregierung eingegangen.

Cherchez la femme? Nicht doch, liebe Krimi-Leser/innen: Cherchez l'uranium!

Nicht dass Niger ein Thema in europäischen Medien ein Thema ist, darf gleichzeitig erstaunen, sondern eher seine sonstige weitgehende Abwesenheit von dort. Unterdessen lieferte das Land mit 25 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern im vorigen Jahr gut 25 Prozent des natürlich vorkommenden Urans, das in den insgesamt 103 laufenden Atomreaktoren der Europäischen Union verheizt wurde, und trug damit erheblich zur Ökonomie des Kontinents bei.

(<https://information.tv5monde.com/afrique/nucleaire-la-france-est-elle-dependante-de-l-uranium-du-niger-2662187>: En 2022, "le Niger était le deuxième fournisseur d'uranium naturel de l'UE, avec une part de 25,38%")

Von denen liegen 56 allein in Frankreich. Die zentrale Zulieferfirma der französischen Atomindustrie, Orano, früher AREVA, versuchte zu Wochenanfang zu beruhigen: Das Risiko für den französischen Nuklearsektor sei im Zusammenhang mit den Vorgängen in Niger „moderat“, wie die französische Tageszeitung **La Croix** zusammenfasste; 15 Prozent des Uranverbrauchs in Atomanlagen des Landes kämen derzeit aus Niger. (<https://www.tf1info.fr/international/le-pays-secoue-par-une-tentative-de-putsch-militaire-centrales-nucleaires-a-quel-point-la-france-depend-elle-de-l-uranium-du-niger-2265200.html>: Niamey fournit environ 15% de l'uranium consommé dans les centrales nucléaires françaises.) Die Webseite des öffentlich-rechtlichen französischen Fernsehens spricht allerdings von 34,7 % der französischen Uranimporte, die im Jahr 2020 aus Niger gekommen seien.

(https://www.francetvinfo.fr/societe/nucleaire/vrai-ou-fake-nucleaire-la-france-importe-t-elle-de-l-uranium-de-russie-comme-l-affirme-cecile-duflot_5398636.html: qu'en 2020, la France a acheté 6 282 tonnes d'uranium, principalement auprès du Ni-

ger (34,72% des importations), du Kazakhstan (28,95%), de l'Ouzbékistan (26,43%) et de l'Australie (9,91%))

Schwankungen bei den Angaben hängen auch damit zusammen, dass in den französischen Atomkraftwerken nicht nur angereichertes Natururan verheizt wird, sondern in 22 von 56 Reaktoren auch MOX, also Uran-Plutonium-Mischoxyd, das durch eine Art – hochgefährlichen – Recycling nach einem ersten Abbrand im Reaktor erzeugt wird. (<https://www.irsn.fr/savoir-comprendre/surete/combustible-mox-france>) Zugleich variierten die Uranimporte aber auch infolge geopolitischer Spannungen in der einen oder anderen Richtung. Zunächst war in den Jahren zwischen 2005 und 2010 der Anteil Nigers – nachdem das Land nach seiner formalen Unabhängigkeit von Frankreich, 1960, in den darauffolgenden Jahren zunächst einen absolut zentralen Versorger des französischen Atomprogramms dargestellt hatte – erheblich abgesenkt worden. Damals

(<http://archiv.labournet.de/internationales/ne/schmid2.html>) kletterte der Uranpreis auf den Weltmärkten, weil eine Reihe von Ländern sich in den Neubau von Atomkraftwerken stürzten, darunter China und Saudi-Arabien - und Niger versuchte sich an einer Neuaushandlung der langfristig geschlossenen Verträge zu seinen Gunsten, nachdem bis dahin de facto nur Krümel vom globalen Erlös des Rohstoffs für es abfielen. Gleichzeitig profitierten AREVA und Frankreich damals davon, dass sich seit dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 neue Schürf- und Kaufmöglichkeiten auftaten, in Russland, vor allem aber in Kasachstan, das zum mit Abstand größten Lieferanten avancierte. Doch mit dem Einsetzen der ersten Russland-Sanktionen ab 2014, dem Jahr der Krim-Annexion, wurde dies politisch inopportun; auch das Uranerz aus Kasachstan wurde über russisches Territorium geliefert. Zwar endete die nukleare Kooperation von französischer Seite auch mit Russland bis heute nicht. Doch wurde nun versucht, die Lieferquellen wieder in die andere Richtung zu diversifizieren, was die Rolle Nigers, aber auch Australiens aufwertete.

In Niger wurde aber auch eine der größeren Uranminen, die von Arlit, wegen Erschöpfung der Vorräte im Jahr 2021 geschlossen. AREVA respektive Orano hinterließ dort mindestens zwanzig Millionen Tonnen strahlenden Abfalls unter freiem Pimmel Himmel. (<https://www.radiofrance.fr/franceinter/au-niger-les-centrales-francaises-ont-laisse-20-millions-de-tonnes-de-dechets-radioactifs-a-l-air-libre-2593286>)

Zu Anfang dieser Woche nun erklärten die faktischen neuen Machthaber in Niger, die Exporte von Uran, aber auch des ebenfalls im Land geschürften Rohstoffs Gold in die Europäische Union auszusetzen. So wurde es vielfach vermeldet. Allerdings behauptet Oranon (ehemals AREVA), die Aktivitäten des Unternehmens in Niger würden fortgesetzt und gingen bislang bruchlos weiter. (<https://southfront.org/niger-suspends-uranium-gold-exports-amid-rumors-of-imminent-french-military-intervention/> und <https://www.20minutes.fr/monde/4047768-20230803-coup-etat-niger-niamey-interdit-exportation-uranium-vers-france-prudence>)

Hintergrund für diese, jedenfalls derzeit schwankenden, Informationen sind die anhaltenden Gerüchte über die Vorbereitung einer französischen Militärintervention. Dass eine solche angebahnt werde, behauptet jedenfalls die neue Militärregierung des CNSP, das angibt, die von ihr abgesetzte Regierung – die allerdings ihrerseits nicht weichen möchte – habe französischen Truppen explizit die Genehmigung erteilt, das Gelände der Präsidentenresidenz zu bombardieren und das Machtzentrum zu attackieren.

Dass Frankreich in der Region in den letzten Jahrzehnten oftmals intervenierte, nicht nur zur Bekämpfung von Jihadisten – zu diesem Zweck stehen derzeit 1.500 französische Soldaten in Niger, wo Frankreich nach dem 2022 politisch erzwungenen Abzug seiner Saheltruppe aus Mali (<https://jungle.world/artikel/2022/08/abschied-ohne-traenen>) seine Streitkräfte für die Sahelzone konzentrierte -, sondern auch zur Erreichung politischer Ziele wie zur Niederschlagung der Opposition 1990 in Gabun oder zur Absetzung von Staatspräsident Laurent Gbagbo im Bürgerkrieg der Côte d'Ivoire 2011, ist eine altbekannte Tatsache. Zugleich hält sich die Pariser Regierung bei offenen politischen Konflikten in Afrika in der jüngeren Periode oftmals vordergründig zurück und bleibt in der zweiten Reihe, da seine post- und neokoloniale Rolle in Teilen Afrikas in den letzten fünf Jahren zunehmend bekämpft wird, von einheimischen Aktivisten, aber auch durch eine massive russische Propagandaoffensive.

So dementierte die französische Außenministerin Catherine Colonna am Montag, den 31. Juli d.J. energisch, Frankreich plane ein militärisches Eingreifen in die Vorgänge in Niger. Sie schrieb diese Behauptung dem, im Originalton: „russ-afrikanischen“ (*russe-afrique*) Agieren zu, eine neue Wortschöpfung, die in ihren Augen offenkundig das viel kritisierte Konzept der *Françafrique* – so wurde, infolge eines Buchtitels des kritischen Schriftstellers und 2005 verstorbenen NGO-Aktivisten François Verschave, das oft kriminell agierende Netzwerk aus französischer Politik, Wirtschaft und Militär in West- und Zentralafrika vielfach bezeichnet – widerspiegeln und tunlichst ablösen soll.

Interventionsdrohung: Hin zum Regionalkrieg?

Wesentlich wahrscheinlicher erscheint tatsächlich eine Intervention nicht Frankreichs, sondern der westafrikanischen Regionalorganisation CEDEAO respektive ECOWAS. Letztere könnte an diesem Wochenende tatsächlich vor einem eventuell kurz bevorstehenden militärischen Eingreifen in Niger stehen. (Vgl. dazu u.a.:

<https://bnn.network/politics/ecowas-delegation-speaks-on-possible-military-action-in-niger/>)

Dazu stünden der CEDEAO respektive ECOWAS rund 245.000 Soldaten zur Verfügung. Auf nigrischer Regierungsseite stünden dem rund 30.000-köpfige Truppen ge-

genüber, zusammen mit den verbündeten Staaten könnte diese Zahl auf 57.000 angehoben werden. (Vgl. <https://www.midilibre.fr/2023/08/06/coup-detat-au-niger-57-000-soldats-chez-les-putschistes-la-france-refuse-dintervenir-queelles-sont-les-forces-en-presence-11382215.php>)

Doch zuletzt kam auf Seiten der Regionalorganisation ein politisches Interventionshindernis auf: In Nigeria, also bei der mit Abstand stärksten Militärmacht innerhalb der Wirtschaftsorganisation westafrikanischer Staaten, verweigerte der Senat (also das parlamentarische Oberhaus) dem im Februar dieses Jahres frisch gewählten Bola Tinubu die Zustimmung zur Intervention. (Vgl. <https://www.vanguardngr.com/2023/08/niger-coup-senate-rejects-military-action-cautions-ecowas-tinubu/> und <https://tchadinfos.com/le-senat-nigerian-rejette-lintervention-militaire-au-niger/> oder <https://guineematin.com/2023/08/05/intervention-militaire-au-niger-le-senat-nigerian-refuse-de-donner-son-feu-vert-au-president-bola-tinubu/>) Würde das Staatsoberhaupt dennoch eine Entscheidung zum kriegerischen Agieren treffen, dann könnte dies dort eine Verfassungskrise auslösen.

Ansonsten befürworteten innerhalb der CEDEAO respektive ECOWAS zunächst vor allem die Staatsführungen im Senegal, in der Côte d'Ivoire (oder Elfenbeinküste) sowie in Benin ein militärisches Eingreifen. Allerdings setzt die Regierung in Benin, wo dagegen Proteste stattfanden (vgl. https://www.la-flamme.org/images/La_Flamme_N512_du_28_Juillet_2023.pdf und <http://www.frontsyndical-classe.org/2023/08/niger-les-resistances-a-l-intervention-militaire-occidentale-par-cedeao-interposees-se-manifestent.html>), inzwischen laut eigenen jüngsten Erklärungen eher auf Dialog und eine Verhandlungslösung.

Viele Regierungen in ihr sind (der westafrik. Wirtschaftsgemeinschaft) politisch und ökonomisch eng mit Frankreich liiert, namentlich die amtierenden im Senegal und in der Elfenbeinküste. Allerdings ist ihr militärisches Schwergewicht unterdessen das englischsprachige Nigeria, das bereits in der Vergangenheit im übrigen Westafrika intervenierte, v.a. zu Anfang des Jahrtausends in Liberia.

Die CEDEAO, die am vorigen Sonntag, den 30.07.23 in der nigerianischen Bundeshauptstadt Abuja zu einer Sondersitzung zusammentraf, droht seit jenem Tag tatsächlich Niger mit einer eventuellen Militärintervention. Die Regionalorganisation setzte den neuen faktischen Machthabern in Niamey eine Frist bis zu diesem Sonntag, den 06. August 23, um Mohamed Bazoum seine umfassenden Machtbefugnisse zurückzugeben und ihn wieder voll ins Amt einzusetzen, widrigenfalls man Konsequenzen bis hin zu militärischen Aktionen ziehen könne.

Als „Vermittler“ sandte sie zu Anfang der nun ablaufenden Woche den tschadischen Interimspräsidenten Mahamat Idriss Déby nach Niamey. Dadurch wird allerdings ein kapitaler Bock zum Gärtner ernannt. Déby, Sohn des 2021 getöteten langjährigen Autokraten Idriss Déby Itno, steht selbst an der Spitze einer demokratisch mitnichten legitimierten Militärregierung. Nur ist diese außenpolitisch pro-französisch. (Vgl. zur

Kritik daran auch: <https://actucameroun.com/2023/08/06/cabral-libii-quand-il-y-a-eu-coup-detat-au-tchad-qua-dit-la-france/>)

Am Montag, den 31.07.23 meldeten unterdessen die ebenfalls durch Militärs regierten Nachbarstaaten Mali und Burkina Faso in einem gemeinsam unterzeichneten Kommuniqué, ein solches Eingreifen in Niger würde von ihnen selbst als, so wörtlich, „**Kriegserklärung**“ gewertet. (Kommuniqué im Originalwortlaut liegt dem Verf. vor.) Und das weiter westlich gelegene Guinea, wo seit September 2021 ebenfalls eine Militärregierung in Gestalt des CNRD besteht, distanzierte sich am Montag, den 31. Juli 23 ebenfalls von den „illegitimen“ Sanktionsdrohungen der CEDEAO gegen Niger. (Kommuniqué liegt Verf. ebenfalls im Originaltext vor.)

Regionale Blockbildung

Dies widerspiegelt eine regionale Blockbildung, die zwar – anders als derzeit in vielen europäischen Medien dargestellt, welche innere Vorgänge in den betreffenden Staaten ausschließlich als Produkt der Rivalität unter Großmächten sowie des geostrategischen Einflussgewinns Russlands analysieren – nicht allein die Umbrüche in Niamey erklärt, doch eine Realität darstellt. Dabei nähern sich die derzeitigen Militärregierungen in Mali und Burkina Faso, deren jeweilige Chefs Assimi Goïta und Ibrahim Traoré am 27. und 28. Juli 23 am Russland-Afrika-Gipfel in Sankt Petersburg teilnahmen und auch eine russische Marineparade in der Stadt besuchten, an Moskau an.

Ähnliches wird für die putschenden Militärs in Niger vermutet. Bei einer Demonstration von mehreren Tausend Unterstützern am Sonntag, den 30.07.23 gegen die französische Botschaft in Niamey wurde diese von Steinwürfen getroffen, wobei örtliche französische Vertreter wie der Korrespondent mehrerer Zeitungen, Amaury Hauchard (bei mehreren TV-Auftritten), eindeutig erklärten, der Unmut treffe ausschließlich politische Symbole, während französische Staatsbürger als solche nichts zu befürchten hätten. Dabei hissten Teilnehmer auch russische Fahnen und zeigten Schildern mit Pro-Putin-Sprüchen; wie schon zuvor bei der Kundgebung, anlässlich derer es am vorigen Donnerstag, den 27.07.23 zum Anzünden der vormaligen Regierungspartei unter Mohamed Bazoum (PNDS-Tarraya; der „Sozialistischen Internationale“ angegliedert).

Ähnlich wie bereits vergleichbare Vorgänge in Mali und Burkina Faso von 2020 bis 2022 ist dies in Teilen der Bevölkerung durchaus populär (<https://jungle.world/artikel/2023/21/kontinuierliche-uebergaenge>), jedoch nicht als dringlicher Wunsch nach Einrichtung eines Putin-Herrschaftssystems zu verstehen, sondern vor allem als solcher nach einer Abwendung von Frankreich – nach der Maxime: Der Rivale meines Gegners ist mein Freund.

Frankreich kündigte an, eine Operation zur Evakuierung seiner Staatsangehörigen einzuleiten sowie die staatliche Entwicklungshilfe einzufrieren. Ein offizielles Kommuniqué des Elyséepalasts hatte am Wochenende des 29./30. Juli 23 verkündet, im Falle von Übergriffen auf Franzosen werde die Reaktion „unnachgiebig“ (***intraitable***) ausfallen. Ironisch pries unterdessen eine linke französische Facebookseite den Erfolg der bisherigen bilateralen Zusammenarbeit: **„Sechzig Jahre Entwicklungshilfe, eines der zehn ärmsten Länder der Welt.“**

Auch darin liegt einer der Gründe für den sich andeutenden Bündniswechsel Nigers. Die russische Propagandamaschine schlägt unterdessen eifrig antikolonial klingende Töne an. Der Chef der Militärfirma Wagner, Eugeni Prigoschin, begrüßte in einem Video den Putsch als Akt der Befreiung vom Neokolonialismus. Entgegen ersten Spekulationen in französischen Medien in der zweiten Hälfte voriger Woche dürfte Wagner kaum am Putsch teilgenommen haben. Der Mann hinterließ jedoch vorsorglich eine Duftmarke.

Artikel von Bernard Schmid mit dem Stand vom 06.08.2023

FORTSETZUNG FOLGT

Siehe auch im LabourNet Germany das Dossier: [Putsch in Niger: Ein weiterer Krieg für Bodenschätze?](#)